

Der Bundesvorstand berichtet

Anke Gimbal

Bundesgeschäftsführerin Deutscher Juristinnenbund, Berlin

Die Arbeit des Bundesvorstands beschränkt sich nicht auf die regulären Sitzungen, die in der Berliner Geschäftsstelle etwa vier Mal im Jahr stattfinden. Zwischen den Sitzungen werden von den Vorstandsmitgliedern die abgesprochenen Aufgaben abgearbeitet und meist kommen in der Zwischenzeit neue Projekte hinzu. Vor diesem Hintergrund nun ein Bericht über die Highlights der letzten beiden Bundesvorstandssitzungen am 10. November 2012 und am 25./26. Januar 2013 in Berlin. Wie in den letzten Jahren zu beinahe jeder Sitzung gab es im Rahmen der Aktion „BuVo transparent“ Gäste aus den Landesverbänden bzw. Regionalgruppen. Zur Novembersitzung kam Rechtsanwältin Dr. Meike *Klüver* vom Landesverband Hamburg, zur Januarsitzung reiste Pinar *Avsar-Birner* für den Landesverband Hessen an.

Einige Zeit nahmen bei beiden Sitzungen die Berichte der Vorstandsmitglieder über die Teilnahme an Veranstaltungen und über die verschiedenen Projekte in Anspruch. Denn Präsidentin, Vizepräsidentinnen und Kommissionsvorsitzende absolvieren regelmäßig sehr viele Termine für den djB. Ein Schwerpunkt der Arbeit von Präsidentin Ramona *Pisal* war Ende 2012 die Berliner Erklärung – initiiert von sechs MdBs und sechs Frauenverbänden, darunter der djB. In den vergangenen Wochen wurden „Folgebemaßnahmen“ geplant. Ein Ergebnis war der offene Brief der Verbände an die Bundestagsabgeordneten im Vorlauf zur Abstimmung über verschiedene Anträge zur gesetzlichen Einführung einer Frauenquote im Bundestag am 18. April 2013 – siehe S. 185 ff. Eva *Schübel* berichtete unter anderem über den Sommerempfang der Regionalgruppe Karlsruhe in den Räumen des BGH, über ihre Projekte „Rote Roben“ und „Netzwerk Gleichstellungsbeauftragte im djB“. Margarete *Hofmann* berichtete über verschiedene Veranstaltungen in Brüssel, unter anderem über EWLA-Meetings. Der nächste EWLA-Kongress ist geplant für den 22. November 2013 in Rom (Programm s. S. 108 in diesem Heft).

Kommissionsarbeit

Zur Sitzung am 10. November 2013 legte Dr. Angelika *Nake* den Vorsitz der Kommission Zivil-, Familien- und Erbrecht, Recht anderer Lebensgemeinschaften aufgrund ihrer verstärkten politischen Arbeit und Bundestagskandidatur für die FDP nieder. Der Bundesvorstand setzte Brigitte *Meyer-Wehage* als Kommissarische Vorsitzende bis zur Mitgliederversammlung im September dieses Jahres ein. Brigitte *Meyer-Wehage*, Direktorin des Amtsgericht Brake/Unterweser, ist seit 2005 Mitglied der Kommission.

Die Kommissionen berichten zu jeder Sitzung über ihre Arbeit, die nur zum Teil nach außen in Pressemitteilungen und Stellungnahmen sichtbar wird. Intensiv diskutiert wurde, ob die Arbeitsstruktur der Kommissionen noch zeitgemäß ist.

Die Arbeitsbelastung durch die Kommissionsarbeit ist für alle Mitglieder sehr hoch, umso mehr, als die engagierten Kommissionsmitglieder in der Regel auch beruflich sehr erfolgreich und entsprechend eingespannt sind. Hinzu kommt, dass die Fristen für die Abgabe von Gutachten oder Stellungnahmen immer kürzer werden. Da die Facharbeit in den derzeitigen Strukturen nicht länger gewährleistet ist, wurde beschlossen, im Bundesvorstand grundlegend über die Strukturen zu diskutieren. Insbesondere über die Länge der Amtszeit (jetzt vier Jahre) und die Mitgliederstruktur in den Kommissionen. Ein erstes Brainstorming fand am 25. Januar 2013 statt.

Strukturdiskussion

Die Diskussion fokussierte sich auf zwei Bereiche: (1) Wie erreichen wir die Mitglieder und die Öffentlichkeit? Sind die gegenwärtigen djB-Medien zeitgemäß? (2) Was sind die Kernaufgaben des djB, die jedenfalls geleistet werden müssen, sollen, können? Welche Prioritäten sind angesichts kurzer Reaktionszeiten und knapper Ressourcen zu setzen?

Ein erstes Ergebnis ist die Einsetzung einer Arbeitsgruppe „Medien“ zur Frage „Wie erreichen wir die Mitglieder?“ Mitglieder sind Eva *Schübel* (Präsidium), Zümrit *Turan-Schnieders* (Kommissionen), Anne *Batliner* (Junge Juristinnen), Pinar *Avsar-Birner* (Landesverbände und Regionalgruppen), Anke *Gimbal* (Geschäftsstelle). Die djB-Mitglieder sollen frühzeitig in die Diskussion einbezogen werden, unter anderem über die Sitzung des Regionalgruppenbeirats im April 2013 und eine Umfrage im Mitgliedernewsletter vom 5. April 2013 (siehe Kasten).

Als weiteres Ergebnis beschloss der Bundesvorstand, einen Antrag auf Satzungsänderung zu stellen. Nach § 4 Absatz 2 Satz 2 (neu) soll die Amtszeit der Kommissionen auf zwei Jahre reduziert werden, die Länge der Amtszeit also der des Präsidiums angepasst werden. Außerdem sollen die Kommissionen eine Stellv. Vorsitzende bestimmen. Die Geschäftsordnung der Kommissionen wird entsprechend geändert. Die Strategiediskussion will der Bundesvorstand fortsetzen und wird sich vor der folgenden Vorstandssitzung am 15. Juni 2013 zu einem weiteren Brainstorming treffen. Thema: Welche Themen werden gegenwärtig bearbeitet, welche wollen oder sollen bearbeitet werden, was gibt die Satzung als Aufgaben vor und was sind die Prioritäten?

Vernetzung junger Juristinnen

Ein Projekt der Vertreterinnen der Mitglieder in Ausbildung im Bundesvorstand, Anne *Batliner* und Katharina *König*, war das Karriere-Forum, über das Katharina *König* am 26. Januar 2013 berichtete. Es bestand aus Telefon-Treffen, die von Ursula *Matthiessen-Kreuder* 2012 als Expertin im Rahmen einer monatlichen Telefonkonferenz geleitet wurden. Zu jedem Termin wurde ein Diskussionsthema aus dem Bereich Karriere/Berufsorientierung vorgegeben. Frau *Matthiessen-Kreuder* übernahm die Einführung in das Thema und die Moderation

Umfrage

Durch die neuen Medientechniken verändern sich unsere Lesegewohnheiten. Auch die Wahrnehmung des djb und seiner Veröffentlichungen wandelt sich. Der djb-Vorstand prüft deshalb von Zeit zu Zeit, in welchem Umfang die djb-Infos die Mitglieder erreichen. Dazu brauchen wir Ihre Mithilfe: Bitte teilen Sie uns mit, wie Sie die Angebote des djb momentan nutzen. Sie können per Internet auf der Homepage des djb antworten (bitte nutzen Sie den Link im Mitgliedernewsletter vom 5. April 2013). Sie können aber auch die Fragen kopieren und an die Geschäftsstelle faxen/schicken, der Geschäftsstelle eine E-Mail mit Ihren Antworten schicken oder anrufen und die folgenden Fragen telefonisch beantworten:

- 1) Lesen Sie regelmäßig die Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes djbZ?
 ja nein
- 2) Welche Teile davon? Fachaufsätze
 Berichte und Stellungnahmen
 djb intern und Porträt
- 3) Lesen Sie regelmäßig den djb-Newsletter?
 ja nein
- 4) Wie oft gehen Sie auf die Homepage des djb?
 wöchentlich
 monatlich
 selten
 nie
- 5) Zu welchem Zweck rufen Sie die djb-Website auf?
 Infos über Aktuelles aus der Verbandsarbeit
 Kommissionen
 Projekte
 Karriere (Arbeit, Ausbildung etc.)
 djbZ
 Stellungnahmen u. Pressemitteilungen
 Publikationen, Reden etc.
 Veranstaltungen
 Verbandsstruktur
 Mitgliederbereich
 djb-Forum
 djb-Archiv
 Mailinglisten
 Newsletter
- 6) Was erwarten Sie von der djb-Website, welche weiteren Informationen hätten Sie gern?

.....

der Gesprächsrunde. Teilnehmen durften nur djb-Mitglieder, die sich vorab unter Angabe von Vor- und Nachname, djb-Regionalgruppe und beruflicher Position (Studentin, Referendarin, Berufseinsteigerin usw.) sowie mit ersten Fragen und Anregungen anmelden sollten. Teilgenommen haben jeweils ca. sechs Personen. Die Telefonkonferenzen sollen fortgesetzt werden.

Das weitere Angebot „Zugang von jungen Juristinnen in EU-Institutionen“ wurde von den Mitgliedern leider nicht angenommen. Möglicherweise trauen sich junge Juristinnen nicht, weil sie das Gefühl haben, ihre sprachlichen oder juristischen Kenntnisse würden nicht ausreichen. Eventuell bedarf es auch mehr Werbung für dieses Angebot.

Im Rahmen des Bundeskongresses in Leipzig ist für den Abend des 27. September 2013 ein Treffen für Junge Juristinnen in einem Restaurant vorgesehen. Auch die Kandidatinnen für die Bundesvorstandswahl am folgenden Tag sollen sich dort vorstellen. Im Hinblick auf die Mitgliederversammlung wird vorgeschlagen, als zweite Beisitzerin eine Berufseinsteigerin bis zu vier Jahre nach Abschluss der Ausbildung zu suchen. Dies entspricht – sieht man sich die Interessentinnen an einer Mitgliedschaft an – eher der Zielgruppe des djb als Studentinnen.

djb-Veranstaltungen

Die Nachbereitung und Planung von djb-Veranstaltungen ist ein weiterer umfangreicher Punkt auf jeder Tagesordnung. Während der Sitzung am 10. November 2012 wurden der traditionelle djb-Empfang für Verbandsmitglieder und Teilnehmer/innen des 69. Deutschen Juristentages mit feierlicher Verleihung des Preises „Frau Europas 2012“ in Kooperation mit der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) am 19. September 2012, 18.30–20.00 Uhr, Justizpalast, München sowie das djb-Seminar „10 Jahre Gewaltschutzgesetz – neue Herausforderungen“ am 26. und 27. Oktober 2012 im Gustav-Stresemann-Institut (GSI), Bonn evaluiert. Zu besprechen waren auch letzte Einzelheiten der Präsentation der Studie 2012 im Projekt „Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung“ am 28. November 2012 im Allianz Forum, Berlin.

Als Mitveranstalter war der djb zwischenzeitlich an zwei weiteren Veranstaltungen beteiligt, und zwar: „Dolmetschen und Übersetzung in Gerichtsverfahren. Wann und wie wird die Richtlinie der Europäischen Union in Deutschland umgesetzt?“ vom 8. bis 10. Februar 2013 in der Evangelischen Akademie Bad Boll und der Feier zum Gedenken an die „Fabrik-Aktion“ und den Protest in der Rosenstraße am 28. Februar 2013 in Berlin-Mitte.

Die inhaltliche Planung von Veranstaltungen liegt regelmäßig in der Hand und Verantwortung einer oder mehrerer Kommissionen, die dem Bundesvorstand ein Konzept vorlegen. Der Programmwurf der Kommission Zivil-, Familien- und Erbrecht, Recht anderer Lebensgemeinschaften für den 40. Bundeskongress des djb mit Mitgliederversammlung vom 26. bis 28. September 2013 in Leipzig wurde am 26. Januar 2013 zu Ende besprochen und beschlossen (siehe Einladung zum Kongress und zur Mitgliederversammlung als Beilage zu diesem Heft und die Einladung zur Mitgliederversammlung auf S. 95 in diesem Heft). Thema ist: „Am Ende geht’s ums Geld: Ausei-

nersetzung und Teilhabe. Geschlechtergerechtigkeit im Familienrecht“. Auch die Podiumsdiskussion zur Gleichstellung und Familienförderung im Steuerrecht am 24. April 2013 war Thema der Sitzung. Diskutiert wurde außerdem eine mögliche Beteiligung des djb an der 5. Konferenz der Commission on European Family Law (CEFL) im August 2013 in Bonn.

Finanzen/Verwaltung

Die erste Sitzung zu Beginn eines Jahres befasst sich immer auch mit Finanzen und Verwaltung. Die Schatzmeisterin stellte am 26. Januar 2013 die aktuellen Zahlen vor. Sie sind auf der djb-Webseite veröffentlicht (<http://www.djb.de/verein/Finanzstruktur/>). Die Jahresabschlüsse 2011 und 2012 werden am 28. September 2013 der Mitgliederversammlung vorgelegt werden. Die Zahl der Mitglieder ist 2012 und 2013 etwa gleich geblieben, das heißt Ein- und Austritte hielten sich die Waage. Um die Zahl der Eintritte zu erhöhen, beschloss der Bundesvorstand, die Schnuppermitgliedschaft (= reguläre Mitgliedschaft im djb, das erste Jahr ist beitragsfrei) noch einmal offensiv zu bewerben. Drei Mitgliedern drohte leider nach § 2 der Satzung wegen Nichtzahlung von drei aufeinanderfolgenden Jahresbeiträgen der Ausschluss per Beschluss des Bundesvorstands, der sich erfreulicherweise dann nur bei einem Mitglied realisierte.

Datenschutz

Seit Anfang Oktober 2012 hat der djb mit Nicole Schmidt formell eine Datenschutzbeauftragte. Ihr erster Bericht vom 16. Dezember 2012 lag dem Bundesvorstand am 26. Januar 2013 vor. Unter den verschiedenen Empfehlungen ist die Verpflichtung auf das Datengeheimnis der Mitarbeiterinnen und Funktionsträgerinnen aus den Landesverbänden, Regionalgruppen und Kommissionen, die Zugriff auf Daten aus der Mitgliederdatenbank haben. Die Verpflichtungserklärung – eine dreigliedrige Erklärung, bestehend aus der eigentlichen Verpflichtung, einem Merkblatt und einem Auszug der relevanten Gesetzestexte – ist ein Realakt, sodass auch Minderjährige, zum Beispiel Praktikantinnen, eine Verpflichtungserklärung wirksam unterschreiben können.

Nächste Sitzungen

Über die Vorstandssitzungen am 14./15. Juni 2013 in Berlin und am 29. September 2013 in Leipzig – dann nach der Vorstandswahl in neuer Zusammensetzung – wird in Heft 4/2013 der djbZ berichtet werden.

Der djb gratuliert

Dr. Ricarda Brandts

zur Ernennung als Präsidentin des NRW-Verfassungsgerichtshofs und des NRW-Oberverwaltungsgerichts durch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft am 27. Februar 2013. Dr. Ricarda Brandts, 1955 in Erkelenz geboren, absolvierte 1981 ihre

1. und im 1984 ihre 2. juristische Staatsprüfung. Im Anschluss an eine Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Ruhr-Universität Bochum begann sie 1988 ihre Karriere in der Justiz als Richterin auf Probe beim Sozialgericht in Dortmund. Nach ihrer Promotion im Januar 1990 wurde sie von